

Volker Kronenberg

Patriotismus und Außenpolitik Das »europäische Deutschland« auf der Suche nach sich selbst

Zur Aktualität des »Patriotismus« in der öffentlichen Debatte der Bundesrepublik

Auch wenn das schwarz-rot-goldene Fahnenmeer längst verschwunden ist, steht der »Patriotismus« nach wie vor im Raum. Er verschwand nicht mit dem Abpfiff des letzten Spiels der WM 2006. Er transzendiert sportliche Begeisterung und harrt der inhaltlichen Bestimmung. Seitdem im vergangenen Sommer die »Welt zu Gast bei Freunden« war, scheint manches wie verwandelt: »Deutsch sein« ist wieder aktuell, sich zum eigenen Land zu bekennen geradezu eine Selbstverständlichkeit geworden und der Begriff des »Patriotismus« nicht länger ein Fremdwort, das aus dem deutschen Sprachgebrauch über Jahrzehnte hinweg vollständig verschwunden schien.¹

Paradox, aber wahr: Selbst nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 mochten viele Deutsche den Patriotismus allenfalls mit dem Präfix der »Verfassung« für verträglich und angesichts der nationalsozialistischen Erfahrung für ungefährlich halten, obwohl der »Vater« des Begriffs »Verfassungspatriotismus«, Dolf Sternberger, diesen *nicht* als Substitut eines nationalen Patriotismus, vielmehr als Erweiterung eines solchen verstanden wissen wollte.² Bei Jürgen Habermas, der den Begriff im Zuge des »Historikerstreits« der achtziger Jahre adaptierte und popularisierte, avancierte »Verfassungspatriotismus« zu einem strikt a-nationalen, universalistischen Konzept politischer Identität³, das mit »Vaterlandsliebe« und einem nationalen Patriotismus nichts mehr zu tun hatte – »die Verfassung als Vaterland«⁴. Als Horst Köhler nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Jahr 2004 in signifikanter Entgegensetzung zu Habermas' Konzept aber auch im Unterschied zu Gustav Heinemanns überlieferter Aussage, er liebe nicht sein Land, er liebe seine Frau, bekannte, er seinerseits liebe Deutschland⁵, stieß dieses Bekenntnis noch immer auf

1 Vgl. Volker Kronenberg, *Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation*, 2. Aufl., Wiesbaden 2006.

2 Vgl. Dolf Sternberger, »Verfassungspatriotismus«, in: Ders., *Schriften X* (hg. V. Peter Haungs u.a.), Frankfurt a. M. 1990, S. 13–16.

3 Vgl. Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1994.

4 Vgl. Josef Isensee, »Die Verfassung als Vaterland. Zur Staatsverdrängung der Deutschen«, in: Armin Mohler (Hg.), *Wirklichkeit als Tabu. Anmerkungen zur Lage*, München 1986, S. 11–35.

5 Vgl. Horst Köhler, »Wir können in Deutschland vieles möglich machen.« Antrittsrede von Bundespräsident Horst Köhler am 01.07.2004 vor dem Deutschen Bundestag, zitiert nach: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (9) 2004, S. 1147–1150.

mancherlei geschichtspolitische Einwände, zumal bei jenen, die noch immer Vaterlandsliebe bzw. Patriotismus mit Nationalismus gleichsetzen. Wer über Deutschland räsionierte, hatte Maxim Biller wiederum drei Jahre zuvor dekretiert, wer Deutschland intellektuell bestimmen, feiern und konstituieren wolle, werde »jedes Mal als Brandstifter und Mörder enden.«⁶

Doch spätestens mit der nationalen Begeisterung in Deutschland im Zuge der Fußballweltmeisterschaft und der überaus positiven Resonanz im Ausland verloren derartige – geschichtspolitische motivierte – Einwände gegen einen Patriotismus in Deutschland im Verlauf des Sommers 2006 massiv an Resonanz. Diesem Befund opponiert auch nicht der Umstand, dass mit Ende der Weltmeisterschaft die patriotischen Bekundungen seltener wurden, zumal der »neue« bzw. »weltoffene« Patriotismus für einen Großteil der Bevölkerung auch jenseits von WM und Partystimmung aktuell bleibt⁷ und damit eine inhaltliche Konkretisierung unvermeidlich macht, was überhaupt »Patriotismus« als solidarisches Gemeinwohlhandeln der Bürger in Deutschland und für Deutschland heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, bedeuten kann und soll.

Mit dieser Herausforderung, dem womöglich »schwierigsten Problem, dem sich eine am Republikanismus orientierte Politik zu stellen hat«⁸, sehen sich sämtliche etablierten Parteien konfrontiert, die sich bislang darauf beschränkt haben, den Patriotismus rhetorisch zu postulieren, statt inhaltlich zu bestimmen. Die mehrfach seitens der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel angekündigte innerparteiliche »Patriotismus-Debatte« hat bis heute nicht stattgefunden. Innerhalb der SPD, der FDP oder den Grünen steht es nicht besser, auch hier beschränkt man sich weitestgehend auf Lippenbekenntnisse und geht einer klaren Positions- und Zielbestimmung dessen, was »Patriotismus«, »Nation« bzw. »nationales Interesse« künftig politisch bedeuten sollen, aus dem Weg. Und dies, obwohl sich unübersehbar ein gesellschaftlich-kultureller und parteiübergreifender Wandel dahingehend abzeichnet, »Deutschland denken«⁹ bzw. unter veränderten sozialen, ökonomischen, politischen Bedingungen neu justieren zu wollen.¹⁰ Ein Wandel im übrigen, der durch

6 Maxim Biller, *Deutschbuch*, München 2001, S.83.

7 Vgl. Renate Köcher, *Ein neuer Patriotismus?*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 16.08.2006.

8 Vgl. Maurizio Viroli, *Die Idee der republikanischen Freiheit. Von Machiavelli bis heute*, Zürich 2002, S.124. Als schwierigstes Problem einer solchen Politik erachtet Viroli »die Stärkung und Verbreitung oder gar die Wiedererweckung des patriotischen Gemein-sinns«.

9 Vgl. Undine Ruge / Daniel Morat (Hg.), *Deutschland denken. Beiträge für die reflektierte Republik*, Wiesbaden 2005.

10 Wer, so lautet dabei die an das Paradoxon Ernst-Wolfgang Böckenfördes angelehnte Leitfrage hinsichtlich der sozio-moralischen Bestandsvoraussetzungen des säkularen, freiheitlichen Verfassungsstaates, leistet welchen Beitrag *wofür*? Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, »Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation«, in: Ders., *Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1992, S. 344-366. Vgl. darauf bezogen Volker Kronenberg, »Patriotismus heute. Eine ernsthafte Debatte über Gemeinsinn in Deutschland tut Not« in: *Politische Studien* (3/4) 2005, S. 82-92.

entsprechende feuilletonistische Publikationen begleitet und forciert wird und der – zumal aus der Generation der so genannten »'89er« – das Diktum Maxim Billers als Anachronismus erscheinen lässt¹¹.

Sei es, dass die Berliner Republik als »Vaterland«¹² entdeckt, ein neues, positives »Deutschlandgefühl«¹³ proklamiert oder erklärt wird, »warum die anderen uns gern haben können«¹⁴ – »Deutsch sein« hat, im 16. Jahr der Einheit und sechzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik, Konjunktur und weckt das öffentliche Interesse. Am Anfang jener geschichtspolitischen Wende, als deren Konsequenz und Begleiterscheinung die neue deutsche Lust an Selbstbespiegelung bzw. Selbst-Bewusstsein verstanden werden kann, stand Rot-Grün.¹⁵ Sei es die Proklamation eines »deutschen Weges« im Irak-Konflikt, sei es die Teilnahme an den 60-Jahr-Feiern der alliierten Landung in der Normandie, sei es die Reminiszenz an den »patriotischen« Widerstand gegen Hitler oder sei es die Adaption des »Nations«- oder »Interessen«-Begriffs – Gerhard Schröder entlarvte – im Stil wenig behutsam, in der Substanz nicht unumstritten – als Bundeskanzler die tradierten geschichtspolitischen Koordinaten der Bundesrepublik als revisionsbedürftig im Dienste einer Selbstverortung des wiedervereinigten Deutschland in historisch, kultureller wie außenpolitischer Hinsicht, ohne dabei »Auschwitz« als ein wesentlicher Bestandteil unserer Gedächtniskultur in Frage zu stellen. Auch wenn es keinen »Schlussstrich mit links« gegeben hat¹⁶ und die NS-Vergangenheit ein wesentlicher Bestandteil des Fundamentes und der politischen Kultur unserer freiheitlichen Demokratie in Deutschland ist und bleibt, woran kein Zweifel besteht¹⁷, so sollte die Bundesrepublik gleichwohl nach Ansicht Schröders international »selbstbewusster, freier und geachteter«¹⁸ agieren. Doch worin die Notwendigkeit eines gewandelten »Auftritts«¹⁹ Deutschlands auf der Weltbühne bestehe – eine überzeugende Antwort auf diese Frage vermochte die rot-grüne Bundesregierung ebenso wenig zu geben, wie den »deutschen Weg« im Irak-Konflikt oder die Forderung nach einem Ständigen Sitz im UNO-Sicher-

11 Vgl. exemplarisch Alexander Cammann, »1989 neu entdecken. Die verdrängte Gründungsrevolution der Berliner Republik« in: Undine Ruge / Daniel Morat (Hrsg.), *Deutschland denken*, aaO. (FN 9), S. 55–70,.

12 Eckhard Fuhr, *Wo wir uns finden. Die Berliner Republik als Vaterland*, Berlin 2005.

13 Reinhard Mohr, *Das Deutschlandgefühl. Eine Heimatkunde*, Reinbek b. Hamburg 2005.

14 Mathias Mattusek, *Wir Deutschen. Warum die anderen uns gern haben können*, Frankfurt a.M. 2006.

15 Vgl. Peter Glotz, »Patriotismus von links« in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* (3) 2005.

16 Vgl. Hans-Ulrich Jörges, »Schlussstrich mit links« in: *Der Stern* (46) 2004.

17 Vgl. Volker Kronenberg, »Patriotismus und politische Kultur. Eine deutsche Debatte – 20 Jahre nach dem Historikerstreit« in: *Berliner Republik* (1) 2006, S. 66–75.

18 Gerhard Schröder, »Rede im Kontext des Tagesordnungspunktes »Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes«, zitiert nach Plenarprotokoll 15/185 v. 1. Juli 2005, 17465B–17469B, 17469A.

19 Gregor Schöllgen, *Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 2003.

heitsrat mit einer konzisen Interessenbestimmung der Bundesrepublik als »Zentralmacht, Zivilmacht oder Ohnmacht?«²⁰ interpretativ in Einklang zu bringen.²¹

Ob der »deutsche Weg« plötzlich »selbstverständlich und normal«²² sein soll, ist strittig. Weitestgehend unbestritten jedoch ist, dass sich die außen-, europa- und sicherheitspolitischen Koordinaten in Folge der Zäsuren des »9.11.« und des »11.9.« signifikant gewandelt und entsprechend die von Bonn jahrzehntelang praktizierte »Kultur der Zurückhaltung« von Berlin in eine »Kultur der Vernunft«²³ entlang der deutschen Staatsräson²⁴ weiterentwickelt werden muss. Doch worin, so gilt es zu fragen, soll sich eine solche »Kultur der Vernunft« von den bisherigen Leitlinien deutscher Politik²⁵ unterscheiden, zumal wenn eines über die Parteigrenzen hinweg unverrückbar ist und bleiben soll: die Selbstannahme dessen, was Thomas Mann einst als »europäisches Deutschland« projektierte²⁶? Wie also kann ein deutscher Weg, d.h. eine an »nationalen Interessen«²⁷ orientierte Außenpolitik im Zeichen von Globalisierung, Entgrenzung, Integration und Multilateralismus heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, aussehen?

Patriotismus ohne Patria? Der Nationalstaat im Zeichen der Globalisierung

Die These vom Ende des Nationalstaates im Zeitalter der Globalisierung²⁸ ist nicht zuletzt mittels der Analyse der politischen und sozialen Funktionen von »Grenzen« auf ihre Plausibilität hin überprüft worden.²⁹ Dabei ist zwar ein Funkti-

- 20 Vgl. Wolfgang Wessels, »Zentralmacht, Zivilmacht oder Ohnmacht? Zur deutschen Außen- und Europapolitik nach 1989« in: Peter R. Weilemann / Hanns Jürgen Küsters / Günter Buchstab (Hg.), *Macht und Zeitkritik*. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn 1999, S. 389-406.
- 21 Gunther Hellmann sieht die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland »in einer der tiefsten Krisen der letzten Jahrzehnte« und macht für diese Krise vor allem den »strategisch ungeklärten außenpolitischen Gestaltungsanspruch« Deutschlands verantwortlich. Vgl. Ders., »Konsolidierung statt machtpolitischer Resozialisierung: Kernelemente einer neuen deutschen Außenpolitik« in: Stefan Böckenförde (Hg.), *Chancen der deutschen Außenpolitik. Analyse – Perspektiven – Empfehlungen*, Dresden 2005, S. 54-64.
- 22 Egon Bahr, *Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal*, München 2003.
- 23 Hans-Peter Schwarz, *Republik ohne Kompass. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik*, Berlin 2005, S. 257f.
- 24 Vgl. wegweisend Friedrich Meinecke, *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte*, München 1924.
- 25 Vgl. die klassische Ortsbestimmung deutscher Außenpolitik bei Waldemar Besson, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970.
- 26 Vgl. die Bezugnahme auf Thomas Mann bei Karl Dietrich Bracher, »Zwischen Geschichte und Politik« in: Ders., *Geschichte als Erfahrung. Betrachtungen zum 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2001, S. 273-301, S. 297.
- 27 Vgl. Christian Hacke, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Berlin 2003, S. 534ff.
- 28 Vgl. Ulrich Beck, *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*, 5. Aufl., Frankfurt a. M. 1998.
- 29 Vgl. Herbert Dittgen, »Grenzen im Zeitalter der Globalisierung. Überlegungen zur These vom Ende des Nationalstaates« in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1 (1999), S. 3-26.

onswandel der Grenzen festgestellt worden, keineswegs jedoch das Ende des Nationalstaates. Denn immerhin: die Erde ist gegenwärtig restlos aufgeteilt unter Staaten, die weißen Flecken auf der politischen Weltkarte sind verschwunden. Nicht einmal die Zahl der Staaten hat sich im Zeitalter der Globalisierung verringert, im Gegenteil: aus dem Zerfall der Kolonialimperien und aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion und Jugoslawiens sind zahlreiche neue Staaten hervorgegangen. Die Vereinten Nationen, die bei ihrer Gründung 51 Mitgliedstaaten umfassten, zählen zu Beginn des 21. Jahrhunderts 192 Mitgliedstaaten. »Die bisherige Bilanz der Globalisierung: Die Staaten haben sich vermehrt und über die ganze Erde verbreitet. Die Eine Welt, wie sie heute besteht, manifestiert sich in der globalen Präsenz des Staates.«³⁰ Im Hinblick auf die Frage nach einem Funktionswandel von Grenzen gilt es grundsätzlich hinsichtlich der politischen und sozialen Funktion von Grenzen zu bedenken, dass es ohne Grenzen im Grunde keine Ausdifferenzierung von Systemen, auch nicht von politischen Systemen, geben kann.³¹ Zivilisationen brauchen nicht nur Grenzen, sie haben Grenzen und definieren sich selbst geradezu in Abgrenzung von anderen. Eine grenzenlose Zivilisation ist ein Widerspruch in sich. Selbst das euro-nordamerikanische Zivilisationsmodell kann nicht einförmig planetarisch sein³²: Während es an der einen Stelle Grenzen aufhebt, schafft es an der anderen Stelle neue. Keine Zivilisation ist mit sich selbst allein; jede hat sich bisher dadurch definiert und stabilisiert, dass sie sich deutlich und bewusst von dem abhob, was sie für das Nichtzugehörige hielt; für das extern Fremde, in vielen Fällen: das Barbarische. Kulturelle Grenzen sind flexibler und variabler als politische Grenzen, dadurch schwerer zu erkennen, aber leichter definierbar und auch manipulierbar als Staatsgrenzen, mit denen sie keineswegs zwangsläufig übereinstimmen müssen. Kulturellen Grenzen fehlt vielfach die solide Fundierung in Territorialität. Wie die Träger von Kultur, die menschlichen Gemeinschaften, so sind auch kulturelle Grenzen mobil.³³

Wenn in der gegenwärtigen politischen und wissenschaftlichen Diskussion vom Ende des Nationalstaates die Rede ist, dann liegt dieser These zumeist die Vorstellung eines hierarchisch integrierten Staates zugrunde, der sich im Inneren gegen konkurrierende Gewalten durchsetzen und international als gleichberechtigter Konkurrent behaupten muss.³⁴ Betrachtet man jedoch Innen- und Außenpolitik unter den realen Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen, dann wird deutlich, dass unbestreitbare Autonomieverluste des Staates durchaus nicht automatisch mit Sou-

30 Vgl. Josef Isensee, »Die vielen Staaten in der einen Welt – eine Apologie« in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* (1) 2003, S. 8f.

31 Vgl. grundsätzlich dazu Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1997, Kapitel 4.

32 Vgl. Lazaros Miliopoulos, *Der Begriff der Atlantischen Zivilisation als politische Idee*, Wiesbaden 2006.

33 Vgl. grundsätzlich Jürgen Osterhammel, »Kulturelle Grenzen in historischer Perspektive« in: Weizsäcker, Ernst-Ulrich (Hg.), *Grenzen – los?*, S. 213-219. Vgl. dazu Ralf Dahrendorf, »Die Zukunft des Nationalstaates« in: *Merkur* 48 (1993), S. 751-761; vgl. auch Ders., »Die Sache mit der Nation« in: Jeismann, Michael / Ritter, Henning (Hg.), *Grenzfälle. Über alten und neuen Nationalismus*, Leipzig 1993, S. 101-118.

34 Vgl. Herbert Dittgen, *Grenzen im Zeitalter der Globalisierung*, aO. (FN 29), S. 22.

veranitätsverlust gleichgesetzt werden könnten. Selbst die Eingliederung des modernen Nationalstaates in supranationale Zweckverbände ist weniger Zeichen seiner Untergangsreife als vielmehr Zeichen seiner Überlebenskunst und Wandlungsfähigkeit, indem er sich den neuen Gegebenheiten seiner Umwelt anpasst und sich dadurch Vitalität bewahrt. Er erweitert und steigert seine Effizienz, indem er neue Handlungsebenen schafft, auch wenn er dafür Hoheitsrechte opfert, und gewinnt neue Dimensionen der Machtausübung. Die Souveränität als solche gibt er jedoch nicht preis, solange er der maßgebliche Akteur – »Herr der Verträge« – auf supranationaler Bühne bleibt. Zwar vollzieht sich in der Innen- wie in der Außenpolitik eine Vergesellschaftung über Grenzen hinweg, so dass einerseits politische Entscheidungen von Regierungen nicht autonom, gegen externe Einflüsse durchgesetzt werden können und andererseits staatliche Politik heute unbestreitbar in ein immer weiter verzweigtes und immer dichteres Netz von transnationalen und innergesellschaftlichen Abhängigkeiten eingebunden ist. Aber diese Autonomieverluste bedeuten keineswegs das Ende staatlicher Souveränität, also des Gewaltmonopols und der Territorialität des Staates. Die paradox anmutende Entwicklung von *Autonomieverlust* einerseits und *Souveränitätsbewahrung* andererseits kann in funktionaler wie in normativer Hinsicht gerade positiv bewertet werden: Hinsichtlich des Autonomieverlustes deshalb, weil die Regierungen der wachsenden Aufgabenflut nur noch durch das Koordinieren von verschiedenen netzwerkartigen innen- und außenpolitischen Handlungszusammenhängen gerecht werden können und hinsichtlich der Souveränitätsbewahrung des Nationalstaates deshalb, weil kein alternativer Rahmen für eine Demokratie im Sinne verantwortlicher Politik und für die politische Integration bislang vorhanden ist. Es mag – vorsichtig formuliert – künftig vielleicht einmal möglich sein, den Bürgerstatus aus dem Nationalstaat als partikularem Raum politischer Selbstbestimmung herauszulösen und ihn universalistisch, als abstraktes, individuelles Rechtssubjekt neu zu bestimmen. Man sollte sich dann allerdings darüber im Klaren sein, dass bei diesem Projekt nicht nur das Problem der institutionellen Garantie universaler Rechte virulent bleibt³⁵, sondern eine derartige Umformulierung des Bürgerstatus darüber hinaus die Dimension der politischen Partizipation an einem klar definierten und begrenzten Gemeinwesen preisgibt³⁶ – eines Gemeinwesens, welches im Sinne der Effektuierung des individuellen Rechtsschutzes, eines demokratischen Kontrollverfahrens, einer demokratischen Öffentlichkeit und der Generierung eines notwendigen Minimums an patriotischem Gemeinsinn³⁷ bis auf weiteres seine Ausformung im modernen Nationalstaat findet.³⁸

35 Vgl. dazu Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München 1974.

36 Vgl. Winfried Thaa, »Die notwendige Partikularität des Politischen. Über Hannah Arendts republikanische Perspektive auf Politik und Weltgesellschaft« in: *Zeitschrift für Politik* (4) 1999, S. 404–423, S. 421f.

37 Vgl. Vittorio Hösle, *Moral und Politik. Grundlagen einer Politischen Ethik für das 21. Jahrhundert*, München 1997, S. 932ff.

38 Vgl. Ralf Dahrendorf, »Die Sache mit der Nation« in: Jeismann, Michael / Ritter, Henning (Hrsg.), *Grenzfälle*, S. 106 (FN 33).

Jenseits falscher Alternativen: »Vaterland Europa« und »Europa der Vaterländer«

Seit Gründung der Bundesrepublik orientierte sich die deutsche Europapolitik an der vermeintlich klaren Zielperspektive eines »Vaterlands Europa« bzw. eines »Europas der Vaterländer«.³⁹ Parteipolitisch unumstritten war dabei stets die Richtung, in die die Entwicklung gehen solle: Hin zu einem nicht nur ökonomisch und kulturell geeinten, sondern vor allem politisch und rechtlich vereinten »Vaterland Europa«⁴⁰. Diese Zielperspektive deutscher Politik war insofern unumstritten, als deutsch-deutsche Teilung, Kalter Krieg sowie die historische Hypothek des Nationalsozialismus zu einer Selbstwahrnehmung des eigenen Landes als »postnationaler Demokratie unter Nationalstaaten«⁴¹ geführt und Kategorien wie »Nationalstaatlichkeit«, »Wiedervereinigung« oder auch »Patriotismus« – so sie nicht per se im Lichte der deutschen Vergangenheit delegitimiert schienen – zunehmend an politischer Bedeutung verloren hatten. Nachdem die »Nation« im Zuge der revolutionären Ereignissen von 1989 und der Wiedervereinigung 1990 auf die Agenda deutscher Politik zurückgekehrt war, wurde sie umgehend dem Primat einer Integrationslogik von Erweiterung und Vertiefung des europäischen Projekts untergeordnet. In dem Maße, in dem »Deutsche Sorgen«⁴² längst Europa-zentrierten Hoffnungen und Visionen gewichen waren, verlagerte sich die Frage nach der »patria« in die Weiten des europäischen Horizonts.

Wenn heute nun mehr über Patriotismus in Deutschland denn über ein Mehr an Europäismus⁴³ nachgedacht wird, wenn Patriotismus gar weniger mit der Verfassung, den Buchstaben des Grundgesetzes, als vielmehr mit der Nation als politischer Bewusstseins- und politischer Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen in Verbindung gebracht wird, so hat dies wesentlich damit zu tun, dass die Frage »*Quo vadis patria?*« ebenso wie die Frage nach dem »*Quo vadis europa?*«⁴⁴ in zeitgemäßer Übersetzung auf die Agenda deutscher Politik, zumal deutscher Europapolitik, zurückgekehrt ist. Bereits zur Zeit der rot-grünen Bundesregierung setzte sich in Kanzleramt und Auswärtigem Amt zunehmend die Erkenntnis durch, dass »Vaterland Europa« bzw. »Europa der Vaterländer« angesichts der gegenwärtigen Verfassung des europäischen Integrationsprojektes⁴⁵ kaum länger als Alternativen deutscher Politik taugen.⁴⁶ Dass Patriotismus und Europa, dass Nation und Integration viel eher zwei Seiten ei-

39 Vgl. Volker Kronenberg, »Gegensätze, die keine sind. Deutscher Patriotismus und ein vereintes Europa« in: *Das Parlament* v. 16.10. 2006.

40 Peter Koslowski / Rémi Brague, *Vaterland Europa. Europäische und nationale Identität im Konflikt*, Wien 1997.

41 Karl Dietrich Bracher, »Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre« in: Ders. / Wolfgang Jäger / Werner Link, *Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart 1986, S. 285-406, S.406.

42 Vgl. Martin Walser: *Deutsche Sorgen*. Frankfurt a. M. 1997.

43 Vgl. Jerzy Mäcków, »Europäismus« in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17.12.2003.

44 Vgl. Ludger Kühnhardt, »Quo vadis Europa?« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (36) 2005, S. 3-7.

45 Vgl. Frank Ronge (Hg.), *In welcher Verfassung ist Europa – welche Verfassung für Europa?*, Baden-Baden 2001.

ner Medaille darstellen denn Gegensätze bilden, dieser Bewusstwerdungsprozess resultiert aus signifikant gewandelten Rahmenbedingungen deutscher Integrationspolitik in Europa. Zu diesen gewandelten Rahmenbedingungen haben die gescheiterten Referenden zur Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden ebenso beigetragen, wie die unübersehbaren Zentralisierungs- und Vertiefungsvorbehalte der mittelosteuropäischen Neumitglieder der EU-25; dazu hat die Spaltung der Union in ein »altes« und »neues« Europa im Verlauf des Irak-Kriegs ebenso beigetragen wie die förmliche und weit reichende Entscheidung der EU-Staats- und Regierungschefs zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei⁴⁷. Hinzu kommt, dass Frankreich und Großbritannien ebenso wie Polen, Tschechien und die meisten anderen EU-Mitgliedsstaaten keinen Zweifel daran lassen, Europa bauen zu wollen, ohne dabei die Nationalstaaten überwinden zu wollen.⁴⁸

Unverkennbar hat sich die Physiognomie eines heterogener gewordenen Staatenverbundes mit bald 27 Mitgliedern seit Beginn des neuen Jahrhunderts verändert, ist die Zeit des kleinen, überschaubaren »Kuschel-Europa« (Günter Verheugen)⁴⁹ mit der sakrosankten Agenda der Gleichzeitigkeit von Erweiterung und Vertiefung vorbei. Dies auch unumwunden und klar zu bekennen, dazu konnten sich die verantwortlichen politischen Parteien in Deutschland bislang nicht durchringen. Rhetorisch wird – noch – an der Illusion dieser Gleichzeitigkeit festgehalten. Die Frage ist, wann diese Illusion einer realistischen Perspektive und Handlungsmaxime weichen wird. Legt man Hans-Peter Schwarz' prägnante Kritik an der tradierten deutschen Europapolitik zugrunde, in der Schwarz einen eklatanten Mangel an deutscher Staatsräson zugunsten illusionärer Integrationskonzepte für Europa beklagt und hierin einen »neuen deutschen Sonderweg« einer »Republik ohne Kompass«⁵⁰ erkennt, dann gilt es jenseits einer falschen Alternative von »Vaterland Europa« und »Europa der Vaterländer« für eine am nationalen wie auch am »europäischen Gemeinwohl«⁵¹ orientierte deutsche Politik vor allem ein Mehr an Augenmaß und Nüchternheit, ein funktionaleres Verständnis der EU zu fordern. Es bedarf eines neuen Realitätssinns in Berlin für das, was innerhalb einer heterogener gewordenen EU-25/27 politisch machbar ist und was andererseits auf erkennbare Widerstände stößt und damit chancenlos ist. Als chancenlos muss beispielsweise die Rettung jenes vorliegenden »Verfassungsvertrags« der EU gelten, der bislang qua Referendum in Frankreich und den Niederlanden gescheitert ist und darüber hinaus in Großbritannien, Polen und Tschechien auf große Skepsis stößt. Realistisch geboten scheint viel

46 Vgl. Joschka Fischer, »In der Geschichte geht es nicht zu wie im Gesangsverein« in: *Süddeutsche Zeitung* v. 25. 06. 2004.

47 Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, »Nein zum Beitritt der Türkei. Eine Begründung« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 10. 12. 2004.

48 Vgl. mit zahlreichen Verweisen das Kapitel »Patriotismus in Europa: Deutsche Erfahrungen und Einsichten zu Beginn des 21. Jahrhunderts« bei Volker Kronenberg, *Patriotismus in Deutschland*, aaO. (FN 1), S. 275ff.

49 Günter Verheugen, »Das Kuschel-Europa ist von gestern« in: *Die Zeit* (42) 2004.

50 Hans-Peter Schwarz, *Republik ohne Kompass*, aaO. (FN 23), S. 51.

51 Vgl. Ludger Kühnhardt, *Quo vadis Europa?*, aaO. (FN 44) S.5.

eher eine von Seiten der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 zu forciierende Verschlinkung des gescheiterten Verfassungsentwurfs auf einen »Grundvertrag« (Teil 1 und 2 der Verfassung)⁵², in dem jene institutionellen Klärungen und Präzisierungen enthalten sind, mit denen das europäische Spielregelwerk effektiviert, das Subsidiaritätsprinzip gestärkt und die Transparenz der Interaktion von Union und Nationalstaaten erhöht wird.⁵³ Ein derartiger »Grundvertrag« bzw. »Minivertrag« anstelle einer »Verfassung« – die begrifflich eine Staatsqualität der EU suggeriert, die weder bislang vorhanden noch von den Regierungen und Bevölkerungen Europas angestrebt ist⁵⁴ – machte die Europäische Union weitaus handlungsfähiger als auf der Grundlage des geltenden Vertrags von Nizza und könnte vermutlich mit der Zustimmung in allen EU-Mitgliedsstaaten rechnen. Sinnvoll, wenn auch aufgrund der derzeitigen Koalitionsarithmetik auf Bundesebene höchst unwahrscheinlich, wäre eine von Deutschland initiierte Debatte über die Perspektive des Integrationsprozesses in geographischer wie institutioneller Hinsicht. Eine solche Debatte, die einher ginge mit derjenigen um die »Finalität« bzw. die »Identität Europas«⁵⁵ in politischer wie kultureller Hinsicht⁵⁶, könnte nicht nur die Akzeptanz des europäischen Projekts in den nationalen Bevölkerungen Europas erhöhen, indem klar würde, wie die Physiognomie Europas aussehen und wo seine Grenzen liegen sollen; eine solche Debatte würde zugleich auch eine notwendige innerdeutsche Klärung des Verhältnisses von Nation und Union herbeiführen und die Einsicht forcieren, dass es sowohl im eigenen wie auch im europäischen Interesse liegt, den Nationalstaat als rationale Größe des politischen Handelns nicht nur zu erhalten, sondern ihn auch positiv zu akzentuieren. Ein Gegeneinander-Ausspielen von Nationalstaatlichkeit und europäischer Integration, wie es jahrzehntelang gängige Praxis in Politik und Gesellschaft war, indiziert ebenso eine deutsche Anomalie im europäischen Kontext, wie das Gegeneinander-Ausspielen von Patriotismus und Europäismus. Dass das erstere, der Patriotismus, das zweite, das Europäische und darüber hinausgehend das »Weltbürgerliche« bedingt, dass zweiteres ersteres mithin notwendig zur Voraussetzung hat, diese politisch zentrale Einsicht muss klar und deutlich kommuniziert und als wesentlicher Aspekt deutscher Staatsräson verankert werden. Denn auch künftig, sei es mit europäischem »Grundvertrag« oder auf der Basis des bislang gültigen Vertrags von Nizza, bilden die nationalstaatlich verfassten Bürgergesellschaften gemeinsam mit der Demokratie und der Marktwirtschaft die »Säulen der Freiheit«⁵⁷ der Bürger

52 Vgl. Wolfram Hilz, *Deutschlands EU-Präsidentschaft 2007. Integrationspolitische Akzente in schwierigen Zeiten* (ZEIT-Discussion Paper 164/2006), S.27.

53 Vgl. Sarah Seeger, »Spiel auf Zeit – Die Debatte um die Zukunft der europäischen Verfassung« in: *CAP Aktuell* (3) 2006, S. 5.

54 Vgl. Dieter Grimm, *Die Verfassung und die Politik. Einsprüche in Störfällen*, München 2001, S. 215ff.

55 Vgl. Rémi Brague, *Europa – eine exzentrische Identität*, Frankfurt a. M. 1993.

56 In diesem Zusammenhang ginge es nicht zuletzt um die Frage einer perspektivischen Aufnahme der Türkei in die EU bzw. um die Frage nach einem »Gottesbezug« im bisherigen »Verfassungsentwurf«.

57 Ralf Dahrendorf, *Der moderne soziale Konflikt. Essays zur Politik der Freiheit*, München 1994, S. 71.

Europas. Der Patriotismus, das gemeinwohlorientierte, solidarische Engagement eines jeden ist dabei der Zement, der die Säulen sowie das gemeinsame Haus, die Nation, zusammenhält: um der Freiheit der Menschen als Bürger willen. Im Bewusstsein eines solchen Zusammenhangs von Patriotismus, Nation und Verfassungsstaatlichkeit steht es andernorts in Europa völlig außer Frage, dass Patriotismus – der auf die Bedeutsamkeit einer vorhandenen und je konkreten patria für die *conditio humana* verweist und doch zugleich aufgrund seines Wertefundamentes von Humanität, Freiheit und Gleichheit grenzüberschreitend und weltoffen ist⁵⁸ – einem europäischen Engagement keineswegs opponiert, sondern dieses notwendig bedingt.

Patrioten am Hindukusch? Das »nationale Interesse« am Multilateralismus

In dem Maße, in dem man den »Patriotismus« als Parameter deutscher Außenpolitik einer Beurteilung der zahlreichen deutschen Bundeswehreinsätzen im Ausland zugrunde legt und damit das Engagement von bis zu 10.000 deutschen Soldaten und Soldatinnen am Maßstab des nationalen Interesses der Bundesrepublik Deutschland messen will, wurde die inhaltliche Konkretisierung dieser für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtenden Interessen, wie sie nun im »Weißbuch 2006« des Bundesministeriums der Verteidigung erfolgt ist, unausweichlich. Vermochte die Regierung Schröder/Fischer kaum den Eindruck zu vermitteln, als verfolge sie mit den Missionen der deutschen Streitkräfte eine langfristige, strategisch angelegte Außen- und Sicherheitspolitik, so suchte die Regierung Merkel/Steinmeier nach Amtsübernahme im Jahre 2005 rasch dem Eindruck vorzubeugen, als würden »die Marschbefehle einer Von-Außen-Politik folgen, angestoßen mit sanftem Druck der EU (Kongo), der USA (Libanon) oder der UN (Georgien, Sudan, demnächst vielleicht Dafur)«. ⁵⁹ Die Verabschiedung eines »Weißbuchs« zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr – Rot-Grün gelang es aufgrund unterschiedlicher Standpunkte bei der Frage Wehrpflicht/Berufsarmee nicht, sich auf ein solches »Weißbuch« zu einigen – demonstriert diesen großkoalitionären Willen zu einer Interessenjustierung der Bundesrepublik als »selbstbewusster Mittelmacht« ⁶⁰ nachdrücklich⁶¹, nicht zuletzt, indem diese Interessen in einem eigenen Kapitel über »Werte, Interessen und Ziele deutscher Sicherheitspolitik« unter sechs Aspekten zusammengefasst und explizit benannt werden: 1) Recht und Freiheit, Demokratie, Si-

58 Vgl. Anton Leist, »Nation und Patriotismus in Zeiten der Globalisierung« in: Christine Chwaszcza / Wolfgang Kersting (Hg.), *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, Frankfurt a. M. 1998, S. 365–408, S. 408.

59 Jochen Bittner, »Nix wie hin. Landesverteidigung war gestern. Heute soll die Bundeswehr westliche Werte verbreiten« in: *Die ZEIT* (39) 2006.

60 Vgl. Herfried Münkler, »Die selbstbewusste Mittelmacht. Außenpolitik im souveränen Staat« in: *Merkur* (9/10) 2006, S. 847–858.

61 Allein auf den einleitenden vier Seiten des Weißbuchs findet sich der Begriff des »deutschen« oder »nationalen« Interesses sechs Mal. Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Hg.), *Weißbuch 2006. Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr* (Online Ausgabe).

cherheit und Wohlfahrt der Bürger bewahren und sie vor Gefährdungen schützen; 2) Souveränität und Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes sichern; 3) regionalen Krisen und Konflikten, die Deutschlands Sicherheit tangieren können, vorbeugen und zu deren Bewältigung beitragen; 4) globalen Sicherheitsrisiken, zumal der Bedrohung durch internationalen Terrorismus sowie durch die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen begegnen; 5) Achtung der Menschenrechte und Geltung des Völkerrechts gewährleisten sowie 6) freien und ungehinderten Welt-handel als Grundlage des deutschen Wohlstands fördern und zugleich die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen überwinden helfen.⁶²

So begrüßenswert eine derartige Konkretisierung deutscher Interessen der Außen- bzw. Sicherheits- und Verteidigungspolitik an sich ist, so befremdlich mutet die, ebenfalls im Weißbuch benannte, fortgesetzte Rückführung des Verteidigungsetats im Bundeshaushalt an. Wie kann es sein, dass die Bundeswehr – »immer mehr zu einer Armee im Einsatz geworden« (Franz Josef Jung) – als gestalterisches, multilateral integriertes Instrumentarium deutscher Politik einen signifikant höheren Stellenwert als noch vor zehn oder 15 Jahren einnimmt, andererseits die Streitkräfte in den zurückliegenden Jahren personell um mehr als 50% reduzierte und der Etat des Verteidigungsministeriums im Jahre 2006 rund drei Mrd. Euro unter dem Plafond des Jahres 1991 liegt?⁶³ Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit, rhetorisches Bekenntnis und tatsächliche Politik signifikant auseinander. Eine außen- und sicherheitspolitische »Kultur der Vernunft«, d.h. die Übernahme internationaler Verpflichtungen im Lichte der eigenen Interessen, statt der bis 1991 praktizierten »Kultur der Zurückhaltung« qua Scheckbuch-Diplomatie, gebietet eine finanzielle Aufstockung des Verteidigungsetats und macht eine entsprechende öffentliche Debatte nicht nur über dieses politische Signal notwendig⁶⁴, sie macht ebenfalls eine bislang völlig verdrängte Debatte über einen würdigen militärischen Totenkult notwendig für jene deutschen Soldaten, die im Dienste des Friedens, der Sicherheit und der Freiheit ihr Leben gelassen haben – als Patrioten für ihr Land⁶⁵: »Wie kann es sein, dass wir Soldaten in alle Welt schicken, um mit Leib und Leben deutsche Interessen am Hindukusch oder am Kongo zu verteidigen und dann die Gefallenen – immerhin waren es dreiundsechzig seit den neunziger Jahren – ohne staatliche Zeremonie privat beisetzen lassen wie Unfallopfer?«⁶⁶

Will die Bundesrepublik Deutschland, wie im »Weißbuch 2006« dokumentiert, ihre nationalen Interessen im Bedarfsfall auch jenseits der Landesgrenzen, und sei es in entlegenen Regionen der Welt, verteidigen, so steht sie vor einer zweifachen Herausforderung: einerseits die dafür notwendige technische Ausstattung der Bundeswehr zu finanzieren und die damit verbundene Transformation der Bundeswehr

62 Vgl. *Weißbuch 2006*, aaO. (FN 61), S. 23.

63 Vgl. aaO. (FN 61), S. 73,.

64 Vgl. Joachim Krause / Jan C. Irlenkaeuser (Hg.), *Bundeswehr – Die nächsten 50 Jahre*, Opladen 2006.

65 Vgl. Volker Kronenberg, »Kein taktischer Nasenring. Patriotismus und Bundeswehr« in: *Y. Magazin der Bundeswehr* (3) 2005, S. 66–67.

66 Vgl. Jörg Lau, »Selbststachtung und Selbstverbesserung. Der Patriotismus der Berliner Republik« in: *Merkur* (9/10) 2006, S. 800–812, S. 811.

offensiver voranzutreiben, als in der Vergangenheit geschehen ist⁶⁷, andererseits - und grundsätzlicher - künftig in stärkerem Maße bündnistreu und multilateral engagiert, aber doch selbstbewusster die eigenen Interessenkonstellationen abwägend, als beispielsweise in der Frage des Kongo-Einsatzes⁶⁸ geschehen, »Ja« oder »Nein« zu einem deutschen Engagement zu sagen. Deutschland darf sich künftig weder von der UNO noch von wichtigen Verbündeten »regelmäßig zu unterschiedlichsten Operationen überreden lassen«⁶⁹, bei denen es sich nicht um schwerste humanitäre Verbrechen handelt, die ein sofortiges Eingreifen notwendig machen, sondern muss entlang der eigenen Interessen abwägen, ob es seine eigenen Streitkräfte einzusetzen bereit ist, oder eher diejenigen Partner zum Engagement animieren sollte, die historische Verantwortung oder eigene politische oder ökonomische Interessen vor Ort vorzuweisen hätten. Von dieser Abwägung und einer überzeugenden Begründung für den jeweiligen Einsatz wird der dauerhafte, notwendige Rückhalt in der Bevölkerung für Einsätze der Bundeswehr jenseits des eigenen Landes maßgeblich abhängen. Gerade wenn Patriotismus, nationales Interesse und Staatsräson in ein angemessenes Verhältnis zu den neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen Deutschlands und Europas gesetzt werden sollen, steht die Notwendigkeit im Raum, Militärinterventionen als politische Investition in das Gemeinwohl weit stärker zu plausibilisieren, als dies bislang geschehen ist: »Wenn Frieden und internationale Stabilität Güter sind, von denen alle profitieren, dann handelt es sich bei Auslandseinsätzen der Streitkräfte, die diesem Ziel dienen, um gemeinnützige Investitionen, von denen nicht nur [aber eben wesentlich auch, V. K.] der Investierende, sondern tendenziell alle profitieren«.⁷⁰

Wenn deutsche Interessen durchaus am Horn von Afrika, im Kosovo oder eben am Hindukusch tangiert (und mithin deutsche Patrioten im Dienst für ihr »Vaterland« dazu aufgerufen sind, diese zu schützen) sind⁷¹, so liegt es auf der Hand, dass diese effektiv zu schützen und durchzusetzen sind nicht durch unilaterales Vorgehen, sondern durch eine abgestimmte, multilaterale Integration. An die Stelle des »deutschen Wegs« der Jahre 2002 bis 2005 – sei es die rhetorische Kraftmeierei gegen die amerikanische Irak-Politik, wo eine inhaltlich richtige Entscheidung mit pazifistisch, anti-amerikanischen Untertönen falsch »überhöht« wurde und eine Isolation Deutschlands in Europa nur durch eine unkluge »Achsenbildung« mit Paris und Moskau verhindert werden konnte⁷², oder sei Deutschlands Insistieren auf einem Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, für den es realpolitisch weder Aussicht

67 Vgl. Franz-Josef Meiers, »Zur Transformation der Bundeswehr« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (21) 2005, S. 15-22.

68 Vgl. Peter Schmidt, »Freiwillige vor! Bundeswehreinsatz im Kongo – zur Dialektik einer Führungsrolle wider Willen« in: *Internationale Politik* (11) 2006, S. 68-77.

69 Hans-Peter Schwarz, *Republik ohne Kompass*, aaO, (FN 23).S. 257.

70 Herfried Münkler, »Militärinterventionen in aller Welt« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.10.2006.

71 Vgl. kritisch Rolf Clement, »Bürgerbundeswehr« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (21) 2005, S. 3-5, S. 5.

72 Vgl. Helmut Hubel, »Deutsche Außenpolitik nach ‚Rot-Grün‘« in: Stephan Böckenförde (Hg.), *Chancen der deutschen Außenpolitik*, S. 65-71, S. 65f.

auf Erfolg noch im europapolitischen Kontext eine hinreichende Begründung gibt⁷³ – muss ein deutscher, d.h. am nationalen Interesse orientierter und damit zugleich multilateral eingebetteter Weg der engen sicherheitspolitischen Anlehnung an die USA über die NATO sowie eine damit »verzahnte«⁷⁴ Effektivierung der ESVP im Rahmen der GASP⁷⁵ treten. Das nationale Interesse Deutschlands liegt eindeutig in der Zukunftssicherung dieser euro-atlantischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur zur Wahrung eben jener Ziele und Werte, welche wesentlich die Identität des eigenen (Vater-)Landes bestimmen, und die doch zugleich an Staatsgrenzen nicht Halt machen. Kurzum: Patriotismus im außenpolitischen Kontext meint keinesfalls die Zurückweisung von Multilateralismus und Integration, meint vielmehr die Interessenwahrung der verschiedenen Vaterländer vor dem Horizont gemeinsamer Werte, und zielt auf Friedens- und Freiheitswahrung, auf die Gemeinwohlsicherung sowie die Generierung von Solidarität als zentraler politischer Tugend. Solidarität ihrerseits erwächst aus persönlicher Sympathie, aus gemeinsamen Interessen, aus räumlicher Nähe und verfestigt sich in Institutionen wie Familie, Gemeinde, Staat. Der Staat, der auf der Nation als Solidargemeinschaft gründet, ist der stärkste und stetigste Garant und Mittler von Solidarität und als solcher durch keine kosmopolitische Instanz zu substituieren, die nur auf die abstrakteste, weiteste, damit aber zwangsläufig auch schwächste Form der Solidarität zurückgreifen kann. Kosmopolitische Solidarität wird nur dann wirkmächtig, wenn sie durch staatsbürgerliche vermittelt wird, die ihrerseits wiederum durch vielfältige, gesellschaftliche, kommunale Solidarbeziehungen mediatisiert ist.⁷⁶

Zusammenfassung

Sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 17 Jahre nach Vollendung der nationalstaatlichen Einheit erlebt der »Patriotismus« in der Bundesrepublik Deutschland eine »Renaissance«. Angestoßen von Rot-Grün, begleitet von vielfältigen publizistischen Beiträgen zum Thema »Deutschland«, »Vaterland« und »Heimat« und emotional verstärkt durch die schwarz-rot-goldene Begeisterung der Deutschen im Zeichen der Fußball- und Handballweltmeisterschaften 2006/2007, harrt der »Patriotismus« seiner inhaltlichen Präzisierung – in gesellschaftlicher wie politischer Hinsicht. Die Erkenntnis, dass Patriotismus in Deutschland und für Deutschland, damit auch die Formulierung und Verfolgung »nationaler Interessen« im Zeitalter der »Entgrenzung« und »Globalisierung« keineswegs anachronistisch sind und ebenso wenig dem Leitbild eines »europäischen Deutschland« opponieren,

73 Vgl. Gunther Hellmann, »Mehr Bescheidenheit in der Außenpolitik. Statt nach einem Sitz im Sicherheitsrat zu streben, sollte die neue Bundesregierung wieder zum Vermittler in Europa werden« in: *Süddeutsche Zeitung*, 08.09.2005.

74 Vgl. Angela Merkel, *Europapolitische Grundsatzrede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 08.11.2006*, in: www.dgap.org.

75 Vgl. *Weißbuch 2006*, aaO. (FN 61), S. 38ff.

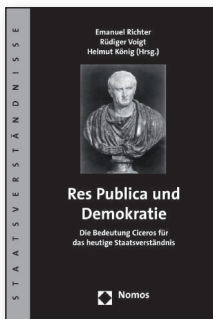
76 Vgl. Josef Isensee, »Solidarität – sozioethische Substanz eines Blankettbegriffs« in: ders., (Hg.): *Solidarität in Knappheit*, Berlin 1998, S. 97ff.

dass mithin Nation und Integration keinerlei Gegensätze, sondern vielmehr zwei Seiten der einen Medaille sind, sucht der Beitrag im Sinne einer gebotenen inhaltlichen Präzisierung des »Patriotismus« und im Lichte der aktuellen europa- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Bundesrepublik Deutschland zu verdeutlichen.

Summary

Six decades after World War II and 17 years after the restoration of Germany's national unity a renaissance of »patriotism« is emerging in the Federal Republic. Initiated by the Red/Green government, accompanied by many a publicist's thoughts on »Germany«, »Fatherland«, and »Home«, and emotionally charged with the black-red-golden joy of the Soccer World Cup, the term »patriotism« is still lacking a precise societal and political meaning. In light of the current challenges in European and security policy, this essay strives to provide such meaning by explaining that even in a time of dissolving borders and globalization patriotism in and for Germany – and thus the pursuit of »national interests« – is not anachronistic at all. Neither does German patriotism contradict the overarching goal of a »European Germany«; in fact, these are two sides of the same medal.

Volker Kronenberg, Patriotism and Foreign Policy.
The ›European Germany‹ and the Question of National Interest



Res Publica und Demokratie

Die Bedeutung von Cicero für das heutige Staatsverständnis

Herausgegeben von Emanuel Richter, Rüdiger Voigt und Helmut König

2007, 245 S., brosch., 29,– €, ISBN 978-3-8329-2281-8
(Staatsverständnisse, Bd. 10)

Ciceros umfangreiches, wenn auch fragmentarisches Werk, lässt sich produktiv für die Klärung gegenwärtiger Probleme erschließen, z.B. für eine zeitgemäße republikanische Modellbildung oder für die Konzeption deliberativer Demokratievorstellungen.

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung
oder bei Nomos ☎ 07221/2104-37 | 📠 -43 |
www.nomos.de | sabine.horn@nomos.de



Nomos